

Die Strafen im Monsterverfahren in Berlin-Moabit

Buchhaus für die Sklarefs

Das Resultat: Ein politisches Fiasko und — ein Panama der Reaktion

Am gestrigen 124. Verhandlungstag, nämlich 4 Uhr vormittags, verhandelte die Große Strafkammer beim Landgericht I, die seit dem 13. Oktober 1931 gegen die Sklarefs zu Gericht sah, unter dem Vorsitz des Amtserziehers Lehmer das Urteil. Es wurden verurteilt:

Leo Sklaref und Will Sklaref wegen Betruges zum Teil in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung und wegen Betruges in weiteren acht Fällen unter Freisprechung von der Anklage des Konfuziusbrechens und des Konfuziusvergehens und 7 Anklagen der schweren Untreue zu je vier Jahren. Buchhaus, Stadtbauinspektor Schmidt wegen schwerer passiver Bestechung zu vier Monaten Gefängnis, Stadtbauinspektor Hoffmann wegen schwerer passiver Bestechung zu drei Monaten Gefängnis.

Bürgermeister Kohl wegen schwerer passiver Bestechung zu ein Jahr drei Monaten Gefängnis, Bürgermeister Schaefer wegen schwerer passiver Bestechung zu vier Monaten Gefängnis, Stadtrat Gabel wegen schwerer passiver Bestechung zu ein Jahr sechs Monaten, Stadtrat Degener wegen schwerer passiver Bestechung zu sechs Monaten Gefängnis, Stadtmagistrat Salsowski wegen schwerer passiver Bestechung und schwerer Untreue in zwei Fällen zu ein Jahr drei Monaten Gefängnis.

Buchhalter Zschman wegen Weisheit des Betruges und schwerer Urkundenfälschung zu ein Jahr drei Monaten Gefängnis, Buchhalter Tsch wegen Wei-

sheit zum Betruges zu sechs Monaten Gefängnis und der Diplomatsmann Lubing wegen schwerer passiver Bestechung zu ein Jahr drei Monaten Gefängnis.

In der Urteilsbegründung

führte der Vorsitzende aus, daß im Sklaref-Prozess die lange Verhandlungsdauer notwendig gewesen wäre, um die ganzen Vorgänge richtig nachprüfen zu können. Die Stadtbauinspektoren hätten sich verständiglich und unermüdet offenbart, und so sei das Gericht zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Stadtbauinspektoren von den Sklarefs getäuscht worden seien. Von einem „gemeinsamen Sache machen“ zwischen Stadtbauinspektoren und Sklarefs könne keine Rede sein. Es sei ganz offenbar, daß die Sklarefs keinen Anspruch auf Kredite gehabt hätten. Der Sinn der Sklarefs wäre lediglich gewesen, sich zu bereichern.

Bei Kohl, Salsowski, Gabel, Degener, Schneider und Lubing erkannte das Gericht ferner auf die Unfähigkeit zur Befreiung öffentlicher Kämter auf fünf Jahre, mit Ausnahme von Degener und Schneider, bei denen das Gericht lediglich auf drei Jahre der Unfähigkeit zur Befreiung öffentlicher Kämter erkannte. Außerdem wurden dem Staat für verfallen erklärt 8800 M. Bestechungsgelder, die Stadtbauinspektor Schmidt erhalten hatte, 4800 M., die Stadtbauinspektor Hoffmann empfangen hat. Von dem Vermögen von Kohl, der aus dem Bestechungsgeldern entlassen wird, wurden 15.950 M. für verfallen erklärt, bei Salsowski 20.500 M., bei Gabel 21.550 M., bei Degener 10.000 M., bei Schneider 14.630 M., bei Lubing 4800 M., außerdem ein Grammophon, das Stadtbauinspektor Schmidt erhalten hatte. Bei Salsowski, Gabel, Schneider und Lubing wurden außerdem die Arbeitsstrafe für den Staat als verfallen erklärt, die dieselben von Sklarefs erhalten haben.

Klarstellung durch den Parteivorstand der SPD.

Sozialdemokratie und Einheitsfront

Der Parteivorstand hat am 28. Juni an die Bezirksleitungen folgendes Rundschreiben gerichtet: Werte Genossen!

Aus den Beschlüssen des 32. der SPD, der kommunistischen Führer und der kommunistischen Presse ergibt sich ganz unzweifelhaft, daß die sogenannte antifaschistische Aktion dieser Kreise in Wirklichkeit gar nichts anderes als eine antisozialdemokratische Aktion ist. Ausdrücklich wird erklärt, daß es mit den sozialdemokratischen Führern keine Einheitsfront geben könne. Alle Aufforderungen von sozialdemokratischer Seite, zunächst einmal die gegenseitige Bekämpfung einzustellen und alle Kraft gegen den gemeinsamen Feind der Arbeiterklasse zu konzentrieren, wurden höflich zurückgewiesen.

Ausdrücklich bestätigt das Rundschreiben Nr. 11 des 32. vom 4. Juni, daß auch in den gegenwärtigen Kämpfen der Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie zu richten sei.

Daraus ergibt sich, daß die SPD, die „proletarische Einheitsfront“, die sie mit Worten predigt, in der Tat gar nicht will. Diese Parole soll nur als Köder dienen, um Mitglieder und Wähler der Sozialdemokratischen Partei für die SPD einzufangen. Jeder, dem der Gedanke einer echten proletarischen Einheitsfront ernst und heilig ist, muß sich von einem so unehrlichen Manöver enthalten abweisen.

Die SPD. könnte sich, wenn sie wollte, im gegen-

wärtigen Wahlkampf zweckmäßig auf den Versuch konzentrieren, die Wählermassen zu rückzugewinnen, die ihr zu den Nationalsozialisten abgegangen sind. Durch solche Kampfesführung könnte sie die Wählermassen für die Sozialdemokratie auf ein Minimum reduzieren. Will sie das nicht, sondern richtet sie den Hauptstoß gegen uns, so muß auch gegen sie die Einheitsfront als Abwehrfront fest geschlossen bleiben.

Wie wenig ernst es den Kommunisten mit der proletarischen Einheitsfront ist, beweisen zum Überflus auch die neueren parlamentarischen Abstimmungen,

namentlich im Reichstagen Saaltag, wo sich Nationalsozialisten und Kommunisten im Kampf gegen die Sozialdemokraten zusammenfanden. Man kann nicht außer Acht der Parlamente eine proletarische Einheitsfront mit der Sozialdemokratie bilden, wenn man in den Parlamenten mit den Nationalsozialisten eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie bildet.

Darum, Genossen, Augen auf! Jeder politische Beschäftigte weiß, daß erfolgreiche Kampfesabläufe nur von den besten parlamentarischen Beschäftigten werden können. Solche Verhandlungen schaffen nicht Einigkeit und Klarheit nur Uneinigkeit und Verwirrung. Sie sind deshalb streng zu vermeiden.

Mit Parteigrüß!

Der Parteivorstand.

Nazis schützen Papen

Eine interessante Abstimmung im Sachsenlandtag

Dresden, 28. Juni. (Eigenbericht.) Der Sächsische Landtag nahm am Dienstag nachmittags sehr feierlicher Ausprägung in namenhafter Zustimmung mit 44 Stimmen der SPD, und der KPD, gegen 27 Stimmen der meisten bürgerlichen Parteien bei einigen Stimmenhaltungen einen Antrag an, in dem die Regierung beauftragt wird, der Reichsregierung gegenüber das schärfste Mißtrauen des Sächsischen Landtages zu bekunden. Die Nationalsozialisten hatten sich vor der Abstimmung entfernt und demastrierten sich dadurch wieder einmal.

Einstimmig angenommen wurde ferner ein sozialdemokratischer Antrag, in dem die Regierung aufgefordert wird, bei der Reichsregierung und im Reichstag gegen die Notverordnung der Regierung von Papen schärfsten Einspruch zu erheben, um dem besonderen Ziel, die Abkürzung der Unterdrückungsschritte bei der Arbeitslosen- und Arbeitslosenbeschäftigung zu machen und alle Maßnahmen, die eine Bekämpfung der unteren Volksschichten mit sich bringen, zu unterbinden. Ferner soll sich die Regierung mit allen Mitteln einer weiteren Herabsetzung der Fürsorgeleistungen widersetzen.

Die Not in Sachsen und die Adelsregierung

Dresden, 28. Juni. (Eigenbericht.) Der Rechnungsausschuß des Sächsischen Landtages lehnte am Dienstag mit den Stimmen der SPD, KPD, und Staatspartei einen zwischen Regierung und evangelischer kirchlich-ökumenischer Beirat über die Staatsleistungen an die evangelische Kirche in Sachsen ab. Die Sitzung der Sozialisten wurde beträchtlich erhöht, so daß lediglich eine Verschiebung der Listen eintrete. Allein bei der Landesversicherungsanstalt rechnet man mit einer Minderausgabe für Renten von etwa 20 Millionen. Die Reichsregierung habe die Arbeitslosen- und Arbeitsunter-

stützungen zum großen Teil sogar unter die Güte der Wohlfahrtsunterstützung herabgesetzt. Die sächsische Regierung für die Arbeitslosenbeschäftigung keine Einsetzung in Frage. Die sächsische Regierung habe neuerdings eine Änderungsprüfung im Reichsarbeitsministerium über diese Frage angeregt, um das Schlimmste abzuwenden.

Schließlich teilte der sächsische Innenminister noch mit, daß das Reich entgegen früheren Jahren für Schuldenabspaltung keine Mittel mehr zur Verfügung stelle.

Dresskritik und Zensur

Zreffende Feststellungen der „Kölnischen Volkszeitung“

Die „Kölnische Volkszeitung“, das maßgebende demokratische Zentralblatt, das die Unterwerfung der Reichsregierung für die Arbeitslosenbeschäftigung kritisiert, wendet sich am Dienstag früh mit billiger Ironie gegen die Regierung, die die Kritik des Kölner Zentralorgans als „geradezu beispiellos“ bezeichnet hat.

„Die Reichsregierung“, so sagt die „Kölnische Volkszeitung“, „hat antäuglichen lassen, sie werde geeignete Maßnahmen gegen die „Kölnische Volkszeitung“ ergreifen. Wir wissen nicht, worin diese „Maßnahmen“ bestehen, können aber ruhig abwarten, ob es in der Wästel der Regierung liegt, die wirklich nationale Kritik mundtot zu machen. Diese Maßnahme müßte dann ja auch auf andere Blätter ausgedehnt werden, die innenpolitisch mit Herr von Papen im gleichen Schritt und Tritt marschieren, aber keine außenpolitischen Seitenstränge (diese Begehung stammt von der „Deutschen Tageszeitung“) kritisieren. Es bleibt dann auch nur noch die engere Regierungsprelle übrig, die flüchtig dauernd auf der Suche nach nationalen Sünden Brüllings war. Aber je mehr diese Regierungsprelle schweigt, um so lauter muß die nationale Presse ihre Stimme erheben, um sie Gehör für Deutschland zu beschaffen muß.“

Wurfvorgiftung

Der in Berlin-Zehlendorf wohnende 16 Jahre alte Schüler Hans Hoffmann ist an den Folgen einer Wurfvorgiftung gestorben. Die Polizei hat die Leiche obduziert.

Krise in Lausanne

Folger der Wochenendreisen Herriots und Papens

Sebe internationale Konferenz macht ihre Krise durch. Immer — oder fast immer — wird sie überwinden. Die Umstände allerdings, unter denen die Krise in Lausanne ausgebrochen ist, sind etwas ungewöhnlich. Denn die Besichtigung der Lage hängt nicht nur zeitlich, sondern auch sachlich offenbar mit den beiden Wochenendreisen zusammen, die sowohl Herriot wie Papen nach der Hauptstadt ihres Landes unternommen und von denen sie innerpolitisch aufgeführt und außenpolitisch in nachfolgenden Tagen an den Konferenztage juristisch gekommen sind.

Welche Einflüsse sich in Paris bei Herriot bemerkbar gemacht haben, läßt sich im Augenblick nicht klar erkennen, dagegen ist es unbestreitbar, daß der Rückzug der deutschen Presse gegen das verunglückte „Matin“ — unter anderem des Reichstags einen Widerhall in den Berliner Redaktionsberatungen gehabt hat, der Herrn von Papen von Montag an veranlaßt, wieder den letzten Mann zu markieren.

Nach verschiedenen übereinstimmenden Berichten soll Herriot am Schluß der gestrigen bewegten Auseinandersetzung dem Reichstagsler erklärt haben: „Nach am Freitag sprachen Sie von Kompensationen — heute ist davon keine Rede mehr!“ Wenn das zutrifft, so wäre daraus zu schließen, daß dieses ominöse Wort nicht nur in dem abgeleiteten „Matin“-Interieur, sondern auch in den offiziellen Verhandlungen gefallen ist.

Somit kam nach der letzten Matin-Genesal mit den beiden Besichtigungen der Krisisfrage — dem Ausgang für die deutsche Presse, den die französischen Partner unglücklichweise während der Sitzung in Händen hatten, und der tatsächlichen Rede, wie sie gehalten wurde. Ob die Unterschiede sehr stark waren und worin sie bestanden, ist noch nicht bekannt. Es scheint, daß es sich eigentlich mehr um Wästelungen handelte, die erst nach der Rückkehr Papens aus Berlin in das Redaktionsinterieur des Reichstagsministers hineintrugiert wurden und die bei den Franzosen den Eindruck erweckten, als beschränkte sich Deutschland ansicht der angelegentlichsten „Kompensationen“ für den Verzicht auf Reparationen auf allgemeine Zukunftsversprechen.

Radiokasse Kammerfraktion gegen Herriot?

Programmwidrige Haltung in der Reparationsfrage

Paris, 28. Juni. (Eigenbericht.)

Die Haltung Herriots in Lausanne, die zu einem Abbruch der Konferenz führen kann, hat bei einem großen Teil der radikalen Kammerfraktion heftige Verurteilung hervorgerufen, weil sie nicht dem Programm der Radikalen Partei in der Reparationsfrage entspricht. Infolgedessen ist am Dienstag in der Kammer unter Führung einiger dem linken Flügel der Partei angehörenden Radikalen eine kleine Paracessionion gegen Herriot ausgebrochen, die zu einer entscheidenden Wendung auf der Kammerkonferenz und zu innerpolitischen Schwierigkeiten Anlaß geben kann.

Die radikale Fraktion trat am Vormittag zusammen. Sie nahm zunächst einen Bericht des Vorsitzenden Francois Albert über dessen Unterredung mit Herriot über die Lausanner und die Kammerkonferenz entgegen. Im Hinblick darauf, daß der Abgeordnete Nogaro, der von Francois Albert dem linken Flügel angehört, einen kurzen Hinweis über das Reparationsproblem, die Erfüllung beweist, daß, vom rein finanziellen Standpunkt betrachtet, die regelmäßige Zahlung von großen Summen für eine lange Reihe von Jahren unmöglich ist. Vom politischen Standpunkt aus, so betonte Nogaro, ist es heute für Frankreich das beste, sich seiner eigenen Auslandsverbindungen zu entziehen. Frankreich könne sich zugleich dem englischen Standpunkt anschließen und die logische und stärkste Stellung gegenüber seinen Gläubigern einnehmen. Frankreich sei dazu berechtigt, den Vorschlag des Präsidenten Hoover an Amerika zurückzuverweisen. Die Aufgabe, daß bei der Ausarbeitung des Young-Plans Frankreich aufgefordert worden sei, ein Opfer zu bringen, das dem Amerikas proportional gleichwertig sei, gebe ihm das Recht, den Vorschlag Hoover als eigene Rechnung zu übernehmen.

Diese Ausführungen fanden bei der großen Mehrheit der Fraktion eine günstige Aufnahme. Es wurde darauf beschlossen, in einer Nachmittagsitzung den Hgn. Berger über das Reparations- und Währungsproblem zu hören. Die Nachmittagsitzung begann um 5 1/2 Uhr.

Deutscher Dolmetscher in Genf gestorben

Dr. Norden Opfer eines Unfalls

Aus Genf wird gemeldet: Das Mitglied der deutschen Delegation auf der Weltkongresskonferenz, Dr. Fritz Norden, der am Sonntag auf einem Zugweg von einem Motorwagen angefahren wurde, ist gestern seinen schweren Verletzungen erlegen.

Polen und die Ostjudenfrage

Eine Wästel der Preußenlandtages

Warschau, 28. Juni. (Eigenbericht.) Zu dem Beschluß des Preussischen Landtages gegen die Ostjuden erklärt am Dienstag eine halbamtlich im formierte Warschauer Korrespondenz, die polnische Regierung werde selbstverständlich die Rechte ihrer in Deutschland wohnenden Staatsbürger schützen. Sie werde gegebenenfalls auch über Repressalien gegen die in Polen wohnenden Reichsbürger nicht zurückweichen.

Die braunen Verbrecher

In der Berliner Universität kam es am Dienstagmorgen zu wilden Auseinandersetzungen der Nazi-Studenten, die sozialdemokratische Flugblätter verteilten anempfehlen. Polizei griff ein und nahm einen der Promis mit. Später sammelten sich große Scharen uniformierter Schüler in dem Hof der Universität, wo sie prosozialistische Sprechkreise anstimmten und die republikanischen Studenten in der gemeinsamen Weisheit beschimpften. Nur der eiserne Disziplin und dem unerschrockenen Auftreten der republikanischen Studenten ist es zu danken, daß es am Dienstag in der Berliner Universität nicht wieder zu wilden Schlägereien gekommen ist. Die Unruhestiftenden verhielten sich dem Kraken des Nazimobs gegenüber völlig passiv.

Bom Schmelzflug geübt

In Groß-Wald bei Emden überführte der 32jährige Maschinist Fritz, der am Dienstagmorgen im Bahnhofsgebäude arbeitete, das Herannahen eines Schmelzflugs. Er wurde von der Maschine erfaßt und getötet.



Der Dorchter an der Wand

Die Besag-Beschäftigte dankt für kommunisistische „Hilfe“.

Weshalb aber war die Besag-Gesellschaft der Besag zahlreich im Bolschewik-Verband? Wir können infolge Mangels leider erst in der nächsten Nummer darüber berichten, möchten aber heute schon feststellen, daß die Verammlung deutlich von der KPD, die auch hier einen Vertreter zu machen gedachte, abgetrennt ist. In der Monatsnummer hatte der „Massenkampf“ schon darüber berichtet, daß kein Vertreter der KPD-Stadterordnetenfraktion zu dieser Verammlung eingeladen worden sei. Es wurde dann angekündigt, daß doch ein Vertreter der KPD in der Verammlung erscheinen würde und die kommunisistischen Besag-Arbeiter wurden aufgefordert, nicht zu ferngehen, daß der Kommunismus sprechen dürfe. Das wurde auch in der gestrigen Verammlung versucht, aber von der erdrückenden Mehrheit abgelehnt. Nur 30 von über 300 Besag-Mitgliedern waren dafür, daß der Kommunismus sprechen solle. Er mußte aber abgelehnt und wurde dann draußen, was noch über ihn und seine Besag-Mitglieder drinnen zu lesen hatte. Es war nichts Neues für ihn, daß auf den Bericht, den er nun zusammenrechnet wird, kann man gespannt sein.

Einträge stellen betreffend Hauszinssteuer!

Unsere heutige Zeitung enthält im Anzeigenteil eine Bekanntmachung über die Abholung von Vorstudien betr. Einträge auf Mitbestimmen aus Mitteln der Hauszinssteuer. Am Interesse der in Frage kommenden Mitbestimmten liegt es, die Antragsformulare rechtzeitig in den bekannt gegebenen Ausgabestellen abzugeben.

Die elektrische Küche

Der Kaufstrom der Hausfrau.

Die Hausfrau von ihrer übermächtigen Arbeitsbürde zu entlasten, ist eine Forderung, die selbstverständlich und zu unerlässigen ist. Besonders die Frau des Arbeiters, die keinerlei Hilfe hat, aber oftmals noch eine große Kinderzahl betreuen muß, findet zur Erholung wenig Zeit. Etwas hat die Technik schon mitgeholfen, das Los der Hausfrauen zu erleichtern. Man denke an die Wasserleitung, die das Wasserholen erspart, an die Gasheizung, die das Feueranmachen, das Brennen von Kohle und Holz, die Beheizung der Küche erspart, an erdberaubende Waschmittel usw. Aber trotzdem bleibt noch Arbeit genug, wobei die Küche immer noch die meiste Zeit in Anspruch nimmt. Wäre es nicht ein Ideal der Hausfrau, wenn sie ein paar Stunden weniger am Kochherd zu stehen bräuhete und wenn sie eine Stunde früher schlafen könnte, in der es weniger Schmutz gibt, der wieder zu beseitigen ist.

Sind wir da, um dir zu helfen, rufen die Elektroherde. Wir legen dir einen elektrischen Herd hin, an dem das Kochen eine Freude ist. Am Montagabend wurden in den Räumen der Besag, in der Rathausstraße, solche elektrische Kochherde gezeigt, auch die dazu gehörigen elektrischen Koch- und Backgeschiffe. Der Leiter des Rates der zu diesem Koch- und Backgeschiffen Frauen war eingeladen, als er mit eigenen Augen sehen konnte, wie schnell, wie sauber, wie leicht die ledernen Sachen damit zu bereiten sind. Aber gar nicht einzeln waren die meisten, als sie die Geräte sahen, die solche Herde, Apparate und Geschiffe liefen. Gewiß sind diese Geräte in der letzten Zeit schon bedeutend gekostet, aber immer noch zu hoch, doch sie für die meisten Haushalte unerreichbar sind. Befände dieses Hindernis nicht, dann gäbe es auch schon weit mehr als 80 000 Haushaltungen mit elektrischer Küche in Deutschland. Wer aber in der Lage ist, das Geld für die Anschaffung eines elektrischen Herdes und der zugehörigen Koch-, Back- und Backgeschiffe aufzubringen, dem sei empfohlen, die folgende Ausstellung in der Rathausstraße zu besuchen, wo er näheres erfahren kann.

Auch über den Zahlungsplan der Besag, wodurch Zahlungsverbindlichkeiten geschaffen werden, wird man dort unterrichtet. Nicht unerwähnt soll auch bleiben, daß der Strompreis für Arbeiterwohnungen nur 10 Pf. pro Kilowattstunde beträgt, so daß das elektrische Kochen an sich billig ist.

KPD, Ortsverein Halle

Mittwoch, den 29. Juni, abends 7 Uhr, im „Volkspark“ erweiterter Parteitag mit dem Thema: „Die politische Lage und die Aufgaben der Partei“.

Mittwoch, den 29. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspark“ (Heller Saal) große Funktionärversammlung.

Diese sind eingeladen: sämtliche Parteifunktionäre, die im Falle der ersten Funktionärskonferenz sind. Die Gewerkschaftsangehörigen, Stadtverordneten, Arbeiter und Gewerkschaften, die in der Partei eine Funktion ausüben. Vollständiges und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

8. Ortsbezirk, Donnerstag, den 30. Juni, abends 8 Uhr, im Hofplatz. Redner: Genosse Peitz.

SA-Sturm auf eine Eisdielen

Im Reime erstickt - Außerdem eine Schießerei

Es kann kein Zweifel bestehen, daß die nationalsozialistischen Führer ihre Bürgerkriegsarmee planmäßig für große Aktionen aufbauen. „Die Straße gehört uns“, „Wir wollen für uns das Volksgesetz“, — so und noch bluttrüger heißt man es tagtäglich in der hallischen Nazi-Presse, und da ist es kein Wunder, wenn all diese Parolen prompt von der SA durchgeführt werden. Jedenfalls hat das Vorgehen der Nazis in den letzten Tagen mit „Gezähnt“ herlich wenig zu tun, und es wäre töricht, wollte die Arbeiterklasse keine Vorsichtsmaßnahmen treffen.

„Die rote Wodschel hat sich lange in Galles Straßen breitgemacht. SA räumt aus.“ Dieser offene Beschluß zum Straßenterror aus dem gestrigen „Kampf“ wurde bereits gestern nacht von einem Trupp SA in die Tat umzusetzen versucht. Die uniformierten Vorführer hatten angedeutet gelassen, abends wieder eine ihrer Bürgerkriegsaktionen veranstalten und legten kurz vor 10 Uhr nach Halle zurück. In offensichtlich provokatorischer Absicht wählten sie den Weg mitten in die Altstadt hinein, obwohl sie wußten, daß ihr Erscheinen in dieser Gegend, in der die Bevölkerung so hart gegen sie eingestellt ist, Unfrieden hervorzurufen mußte. Der Sinn dieses Vorstoßes in das Arbeiterviertel wurde bald klar. Es sollte beobachtet werden, daß sich vor einer Eisdielen an der Ecke Clearystraße und Große Klausstraße, die hauptsächlich von links eingestellten Anwohnern besetzt wird, auf Signalpfeife hin immer mehr Nazis ankommen, die offensichtlich den Raum für sich zu wollen. Die bedrohten Eisdielenbesitzer hatten inzwischen die Gefahr bemerkt und berieten den Raum, um sich zur Wehr zu setzen. Gleichzeitig kamen ihnen auch Anwohner zu Hilfe und nun rufen die feigen Nazis in wilder Euphorie, obwohl sie anfangs gar nicht systematisch unterlegen waren. Die Anwohner verfolgten sie, um sie anzuhalten, als ein Polizeibeamter hinzukam, der in offensichtlich ferkennender Situation die Nazis in Schutz nahm. Offenbar hatte er nur bemerkt, daß die Nazis flüchteten, nicht aber, was sich zuvor ereignet hatte. Angesichts dieses Schicksals wurden die braunen Burden wieder frisch und man konnte bemerken, wie sie im Rücken des Beamten die Waffen wie abgefeuerte Revolver, Koppel und andere Gegenstände, die in der Dunkelheit nicht zu erkennen waren, bereits wieder recht kampfeslustig bereithielten. Sie polsterten sich bereits so, daß sie die Straße gesperrt hielten, sogar dann aber doch vor, die Gegend zu verlassen.

Zu weiteren ernstlichen Zwischenfällen kam es nach einer Mitteilung des Polizeiberichts nichts gegen 1.15 Uhr in der Wertheburger Straße, Ecke Thüringer Straße, gekommen. Dort hatte eine Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten stattgefunden, worauf es Überfallmorden geworden. Beim Zurückgehen war der Streit jedoch bereits beendet. Anwohner, die herumstanden — nach der Angabe des Polizeiberichts Kommunisten — begaben sich in Häuser der Thüringer Straße. In

mittlerweile darauf fiel eine ganze Anzahl Schüsse. Die ersten sollen nach politischer Mitteilung aus den Dächern gefallen sein und den Polizeibeamten gefallen haben, worauf die Polizei das Feuer erwidert habe. Im Verlauf der Schießerei sind zwei Polizeibeamte durch Steinwürfe leicht verletzt worden. Ueber Verletzungen auf Seiten der Zivilbevölkerung ist nichts bekannt.

Zu dem an erster Stelle mitgeteilten Überfall muß noch bemerkt werden, daß der Polizeibericht — wahrscheinlich auf Grund einer falschen Information — von einer Beschöpfung der Nationalsozialisten durch Kommunisten spricht. Es muß aber festgestellt werden, daß sich die Sache so verhält, wie wir sie berichten, denn der Bericht kommt von einem absolut zuverlässigen Augenzeugen. Wir wollen nicht behaupten, daß der Polizeibericht absichtlich zu einer falschen Information — von einer Beschöpfung der Nationalsozialisten durch Kommunisten — spricht. Es muß aber festgestellt werden, daß sich die Sache so verhält, wie wir sie berichten, denn der Bericht kommt von einem absolut zuverlässigen Augenzeugen. Wir wollen nicht behaupten, daß der Polizeibericht absichtlich zu einer falschen Information — von einer Beschöpfung der Nationalsozialisten durch Kommunisten — spricht. Es muß aber festgestellt werden, daß sich die Sache so verhält, wie wir sie berichten, denn der Bericht kommt von einem absolut zuverlässigen Augenzeugen.

Es sei weiter darauf aufmerksam gemacht, daß die SA schon seit 14 Tagen regelmäßig Abendübungen im Weidobid der Stadt abhält, u. a. auf dem Glimmerer Damm. Von dort kehrt heute die SA in ziemlich großer Zahl zurück — nach Ausübung des Demonstrationserbes wird man es in völlig geschlossener Marschordnung tun — zurück. Die ihnen begnadigten Posten müssen ihnen ausweichen, wollen sie nicht einen Zusammenstoß mit der SA riskieren. Wie übermäßig sich diese Burden fühlen, beweist ja ihre Frechheit, in Truppen durch Arbeiterviertel zu ziehen und dort die Bevölkerung zu provozieren. Wie sind der Ansicht, daß die Polizei in erster Linie vorbeugend wirken muß. So sehr wir die Dienstbefolgung der Polizei durch das Auftreten der SA, bedauern, müssen wir doch verlangen, daß auf die SA ein größeres Augenmerk gerichtet wird, denn sonst sind Zusammenstöße mit ihr an der Tagesordnung.

Die SA, die bisher systematisch die öffentliche Meinung dahin bearbeitet hat, daß sie selbst die wahren Unschuldslämmer seien, aber von Andersgeiminten terrorisiert würden, jetzt jetzt ihr wahres Gesicht. „Im Kampf“ heißt es getrieben: „Von nun an wird die SA die Straße beherrschen. Der geistige Zug war der Aufsicht dazu.“ Gemeint ist die Demonstration der sechs Volkstruppen auf dem Markt. Auch hier bezieht der „Kampf“ wieder, wie die Nazis mit der Polizei spielen und schon so tun, als ob die Polizei sich in ihren Händen befände. Denn zu dem auch von uns kritisierten soeben Erscheinen der Polizei gegen diese verbotene Nazidemonstration bemerkt der „Kampf“: „Die Polizei benimmt sich, wie es sich gehört.“ Daß die Polizei doch noch ein Auto stellte und zum Polizeipräsidenten feuerte, ist eine schändliche Entgehnung.“ Geweinen. Wenn diese von den Nazis mit süßlicher Freude festgehalten — wir wollen einmal fragen: unermüdet — Bevorzugung der Nazis vor anderen Einwohnern der Stadt Halle etwa Schick machen sollte, dann braucht sich die Polizei nicht zu wundern, wenn man sie nicht mehr als unparteilich betrachtet.

Alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder treffen sich am Sonntag, dem 3. Juli, zum Sommerfest des Reichsbanners im „Volkspark.“

Keine Ermäßigung der Krankenscheingebühr

Anfechtbare Stellungnahme zu Ausschuß-Beschlüssen der AOK.

Der Ausschuß der AOK Halle hat in seiner Verammlung am 22. April 1932 in feinerer Einmütigkeit mit allen Stimmen der Versammler- und Arbeitergewerkschaften zugunsten seiner amtierenden Mitglieder folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Ausschuß der AOK Halle rügt, daß die kommunisistische Auffassung von den wirtschaftlich schwächsten Versicherten, Kurzarbeitern, Arbeitslosen, nach wie vor eine Krankenscheingebühr von 50 Pf. erhebt, obwohl die §§ 20, 25 und 34 Ziff. 1 (IX) Reichsrahmengesetz vom 22. September 1930 und 4. Oktober 1930) der Krankenversicherung

gem. § 187b Abs. 1 Satz 3 und 4 AOK. ausdrücklich bestimmen, daß von den Versicherten mit nicht mehr als 4 RM. Grundlohn zum 25. III. Krankenscheingebühr erhoben werden darf und nach dem Bescheid des Reichsrahmengesetz vom 5. Februar 1932 ausdrücklich festsetzt, daß diese Herabsetzung dieses Sonderbeitrages keine Verzinsung ist, so wenig wie die Herabsetzung des allgemeinen Beitrags.“

Auch eine etwaige Verzinsung der kommunisistischen Auffassung auf den Beschluß des Reichsrahmengesetz, mit dem die gesamte Ermäßigung der Krankenscheingebühr als Verzinsung außer Kraft

Wenn 3 1/3 - dann Bulgaria.



Eine 3 1/3 Pfg.-Zigarette der Bulgaria ist kein unsicherer Versuch. Diese Zigarette hält der Zuverlässigkeitsprüfung der Raucher stand.

Sie ist mit einem Wort: Bulgaria-Qualität.

Bulgaria Sport, die 3 1/3 der Bulgaria
6 Zigaretten 20 Pfg. mit Sport-Photos

Der Inhalt der neuen Notverordnung

Einige Berliner Blätter — so D.N.Z. und Vossische Zeitung — berichten bereits eingehend über den Inhalt der neuen Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen, die heute im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden soll.

§ 1 ermächtigt die Landesregierungen, politische Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel dann zu verbieten, wenn die öffentliche Sicherheit gefährdet ist. Das gilt aber nur für besonders abgegrenzte Distrikte und in besonderen Einzelfällen. Dadurch werden die

weitergehenden Verbote allgemeiner Natur außer Kraft gesetzt.

Dasselbe gilt für das Unruhmwesen. Nur bei akuter Gefahr im Einzelfalle können die Vandalenpolizeibehörden Uniformverbote ausprechen. Die allgemeinen Uniformverbote werden außer Kraft gesetzt. Der Reichsinnenminister ist ermächtigt, eine neue allgemeine Verbotserlasse auszugeben.

§ 2 ermächtigt den Reichsinnenminister, für das ganze Reich und auch für einzelne Teile Versammlungen und Uniform-

verbote auszusprechen, sowie die erforderlichen Strafen zu verhängen.

§ 3 gestattet die polizeiliche Beschlagnahme und Einziehung von Plakaten, Flugchriften oder Flugblättern, in denen zu Gewalttätigkeiten aufgefordert wird.

Die Verordnung, die der Reichsinnenminister außerdem zur Regelung des Demonstrationswesens erlassen hat, stützt sich auf § 4 Abs. 2 der Notverordnung vom 14. Juni, wodurch der Reichsinnenminister befugt worden war, eine Anmeldepflicht für Demonstrationen anzuordnen. Diese Anmeldepflicht wird nunmehr allgemein ausgesprochen, und zwar für das ganze Reich.

Alle öffentlichen politischen Versammlungen sowie alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel müssen spätestens zwei Tage vorher angemeldet werden.

Solche Demonstrationen können im Einzelfalle verboten werden, wenn Gefahr im Verzuge ist. Statt eines Verbotes können solche Versammlungen auch mit ganz bestimmten Auflagen beabzielt werden.

Wanderbelde gegen Zwangsarbeit im Kongo

In einer eindrucksvollen Rede in der belgischen Kammer lenkte Van der Velde die öffentliche Aufmerksamkeit auf die unerhörten Mißbräuche der Zwangsarbeit im belgischen Kongogebiet. Er interpellierte den Kolonialminister, über den Nichtbeitritt Belgiens zur Konvention über die Zwangsarbeit in den Kolonien und über die Ereignisse im Baumkollekt des Kivu und im Kwango.

Wanderbelde ging aus von dem Bericht einer Untersuchungskommission, die die Ergebnisse der sogenannten „obligatorischen Anbaukulturen“ unterluchte. Er führte sich ferner auf eine Reihe von Berichten über den letzten Ernteertrag in Kongo und über die im März 1931 im Kwangogebiet erregte. Welcher auf diese objektiven Berichte wies Wanderbelde nach, daß das System der Zwangsarbeit für die Eingeborenen zu einer wahren Sklaverei geworden ist.

daß ihre Entlohnung nach Zahlung der Steuern aufreißend unzureichend ist und daß die Eingeborenen in einem ständigen Zustand der Empörung und des Aufrehs-

leben. Da die Kommission auf Grund ihrer Untersuchung an Ort und Stelle selbst Vorschläge für den Übergang zu einer freieren Arbeitsverfassung gemacht hat, besteht kein Hindernis mehr für die Ratifizierung der internationalen Arbeitskonvention über die Beseitigung der Zwangsarbeit in den Kolonien. Wanderbelde legte dann eingehend die in der erwähnten Konvention enthaltenen Bestimmungen dar, die den Aufbruch der Eingeborenen verurteilen und hob die

besondere Verantwortung des belgischen Staates hervor, der sowohl als Regierung, aber auch als Hauptaktionär der Gesellschaft, in der die meisten Mißbräuche festgestellt wurden, die doppelte Pflicht hat, zu handeln und die skandalösen Mißbräuche der Zwangsarbeit abzustellen.

Neue Kleiderordnung für den Lido

Die Polizei in Venedig hat neue Bestimmungen über die Badeanzüge getroffen, wie sie am Lido in dieser Saison getragen werden sollen. Diese Regeln sind, wenigstens auf dem Papier, von puritanischer Strenge. Unter keinen Umständen ist das Tragen von Badekostümen am Strande erlaubt, selbst

wenn dabei ein Bademantel getragen wird. Auch darf niemand am Strande befehlen. Alle Anzüge und Mäntel müssen so hergestellt sein, daß der Körper vollständig bedeckt ist. Zu kurze oder zu prall anliegende Anzüge sind verboten. Die Hosen der Männer und Frauen müssen außerdem voneinander getrennt sein und dürfen nicht miteinander in Verbindung stehen. Auch für die anderen italienischen Bäder sind ähnliche Bestimmungen erlassen worden. Im allgemeinen aber wird es mit diesen Bestimmungen nicht besonders genau genommen; man ist am Lido jedenfalls nachlässiger als in einem vielbesuchten baltischen Seebad, wo füglich ein Polizist an einen in einem Bademantel sitzenden Badegast herantritt und den Zipfel des Bademantels, der von der Schulter herabhängt, wieder an Ort und Stelle brachte, damit der Strand genötigt blieb.

Der gefährliche Getreidehalm

Ein Getreidehalm, den man in den Mund nimmt, um daran zu kauen, ebenso auch ein frischer oder trockener Grashalm, können zur Ursache einer bösen Erkrankung werden, da die Halme oft von einem Schmarotzerpilz, dem Strohspizpilz, befallen sind, der, sobald er in den Mund gelangt, ins Gewebe bringt und dort schwere Geschwülste erzeugt. Oft bleibt es nicht bei den Geschwülsten, die nicht selten die Wangen durchdringen und damit das Gesicht dauernd verunstalten, sondern es kommt, falls die pilzigen Halme verschluckt werden, in die Darmchleimhaut einbringen und in den Darm gelangen, zu einer Bauchfellentzündung. Der Strohspizpilz kann auch durch offene Wunden in den Körper einbringen und dann Hautgeschwüre verursachen. Ebenso schädlich ist das Einatmen von Getreide, oder Heu, in dem Strohspizpilz enthalten sind, bei in diesem Fall langwierige chronische Erkrankungen der Brustorgane und Nahrungsaufnahme. Wenn Darm- oder Lunge von ihr befallen werden, kann die Strohspizpilzkrankheit sogar zum Tode führen. Auch die Tiere sind durch den Strohspizpilz gefährdet und zwar sowohl im Freien als auch im Stall, weil der Pilz, wie gesagt, auch an trockenem Gras haftet. Jedenfalls sollte jeder, der mit Getreide oder Gras zu tun hat, darauf achten, daß kein Halm in seinen Mund gelangt oder der Pilz durch eine offene Stelle durch die Haut in den Körper bringen kann. Auch beim Schlafen im Heu ist Vorsicht zu empfehlen. Schließlich ist nicht jeder Getreide- oder Grashalm pilzbehaftet, es ist und bleibt aber immer eine genotete Sache, einen Halm in den Mund zu nehmen.

und immer wieder: treppauf-treppab!

Haus Pionemann lebt von der Renke — Ja, wenn man davon leben könnte!

Mensch, Haus von Dir kann ich nichts nehmen! Ich weiß mich vor mir selber schämen!

„Beim Treppentopfer fehlt ich nicht!“ Mit wem Karl nächstes Mal wohl spricht?

Arbeiterfänger in der Kampffront

Bundestag in Braunshweig. „Würden die Proletarier nicht länger tun, heute die Nachschubbrigade zu weiden?“ — Im Gegenstand. Singen! Wo Pa. Klages referiert, sind nicht nur braune Männer — da steht unser Proletariat auf vorgeschobenem Posten.

Acht Volksgenossen vereinigen sich — 700 Sängerinnen und Sänger — zu einem Massenchor, der für neugestaltete, proletarische Musik steht. Nach Worten Ernst Bergangs gestaltete Edwin Lendow: Wir wollen dazu, eine Arbeiterchorne, für Gesang und Kinderchor, die auf Veranlassung des Verbandes Sozialer Betriebe geschaffen wurde, und Kampfbild der Arbeit, Worte von Arthur Wellen, für Männerchor. Für beide Chöre setzte sich der Schriftleiter, Genosse Hermann Scherger, überzeugt und überzeugend ein. Chöre und Dirigenten haben im letzten Kampftage gute Vorkämpfer gefunden, auf der Scherger weiterzuführen konnte. Ihm war damit die Möglichkeit gegeben, eines der härtesten proletarischen Chor-Dirigenten zu werden. „Das Lied vom Arbeitmann“ von Alfred Auerbach und Oskar Gerster so zu gestalten, daß alle Vorgänge dieser Partitur — lebendig, in solcher und instrumentaler Verbindung gleich bedeutende, einflussreiche Musik — zu Gehör kamen. Im Log- und Nachproben gab Hermann Scherger Sängern und Dirigenten, die ihm folgten, nicht eher Ruhe, bis die Ausführung des Werkes vollkommen der Vorstellung entsprach, die er von dem Werke in sich trug. Scherger hat über Braunshweig hinaus der gesamten Arbeiterfront mit dieser Aufführung einen großen Dienst erwiesen. Genossen aus Bern, Wien, Hamburg, Köln, Hannover, Bremen, Stuttgart, Kassel und Dresden besprochen, von Herz und Willensgehebe noch in diesem Winter, am 8. November, am 1. Mai, Das Lied vom Arbeitmann“ herauszubringen. Zweite und dritte Aufführungen seien Frankfurt a. M., Chemnitz und Gießen vor.

Für die Solopartien waren Solisten genommen, die wiederholt in letzter Zeit unentzerrten deren Arbeit sie sich verbunden fühlen, zur Verfügung standen. Nichts füllte der parte, gut tragbare Copran Lendow bereits die Violenfälle, die über eine ausgeglichene Musik verfügt. Carl Krauß gab dem Arbeitmann tragische Kraft. Seine Stimme ist dem Dramatischen und Sprichlichen dieser Partie vollkommen gewachsen, deren ständiger Wechsel an den Gesängen die Musikprelle stellt. Solisten, Chor und Dirigenten werden in diesen Werken ausnehmend unter Spannung gehalten, deren Größe und Ausdehnung der Dirigent bestimmt. Unter den modernen Dirigenten ist keiner, der für diese Dinge empfindlicher wäre als Hermann Scherger, dessen Einwirken für die Musik der Gegenwart ihm den großen Namen und Ruf brachte, den er heute in In- und Ausland genießt.

Die Wiedergabe des Wertes erfüllte sowohl im Chor als auch im

Dirigenten letzte Ansprüche. Erfreulich, wenn man hört, daß die Chöre bisher noch wenig moderne Musik gepflegt haben, und das Chorgesang aus reinen altmodischen Gesängen besteht. Ausführend und Aufnehmend — über 6000 waren gesammelter Zuschauer, die keinen Platz mehr finden konnten, veranlassen sich der Halle — spendeten Hermann Scherger den Beifall, den er verdient, und den er seinerseits an sämtliche Mitwirkende weitergab. Festlicher Abschied: Die Internationale im Saal für Blasorchester von Hermann Scherger.

Die neue Spielzeit des Harzer Bergtheaters

Die „Grüne Bühne“, die als eines der ältesten und schönsten Naturtheater Deutschlands seit nunmehr 30 Jahren fast ununterbrochen Jahr für Jahr spielt, öffnet auch in diesem Jahre und zwar am 8. Juni, nachmittags 6 Uhr, seine Türen wieder. Die Spiele der „Grünen Bühne“ haben durch ihre künstlerische Eigenartigkeit die vom Antebananten Bacht, der auch in diesem Jahre wieder die Leitung übernimmt, gepflegt und in dauerndem schöpferischen Prozeß entwickelt wird, an Ruf gewonnen, der während für die Freiheit Bühnenbewegung, während für das theatralische Erlebnis in Deutschland überhaupt gewonnen ist. Die besondere Schätzung des besten Personals, das sich auch in diesem Jahre mit wenig Veränderungen aus den bewährten Kräften zusammensetzt, die Bearbeitung und Inszenierung der Werke durch Erich Kästner verbergen auch in diesem Jahre wieder eine künstlerische Höhe. Vollständig im besten Sinne des Wortes sind die Aufführungen der „Grünen Bühne“.

Die Spielzeit wird eröffnet am 9. Juni mit „Haut I“ (Beginn nachmittags 6 Uhr). Ihm folgt in kurzen Abständen Goethes Jugendwerk der „Trümpf der Empfindsamkeit“, eine heitere dramatische Skizze, wie Goethe dieses Werk selbst benennt. Das Schauspiel „Bog von Verdingungen“ in der Urfassung, „Schicksale Gottfriedens“ von Verdingungen mit der ephemeren Hand bekannt, ist dann als nächste Premiere vorgesehen. Im August folgt dann noch die Aufführung des Trauerspiels „Lemmer“, um dem Spielplan ein abwechslungsreiches Gesicht zu geben, kommen zwei Werke Shakespeares und zwar „Die es auch gefällt“ und „Sommerhochzeit“ zur Aufführung. In allen diesen Aufführungen wird eine eigene zu den Spielen der „Grünen Bühne“ komponierte Musik eingesetzt.

In jeder Aufführung weist der Spielplan in diesem Jahre auch je nach Möglichkeit noch Stücke auf, die in der Vorjahre auf „Goethefest“ menschlich dramatische Werke im Mittelpunkt, Schauspielers Harzer Humor als entspannende und erheitende Kunst geboten, die Aufführung wird sich nicht nur allen Seiten des Publikums, das das Harzer Bergtheater kennt, begnügt werden.

Neue Filme in Kasse

Frankenstein

Frankenstein wird wieder modern! Man sollte meinen, daß nach dem der Wissenschaftler G. S. Oers unter die Vorkämpfer dieses „Dämon“ gegangen ist, über diese Zeit hinweg wären. Mit nichts. Diesmal kommt die Grusel-Movie aus Amerika. Die großen Theater in New-York überziehen einander gegenseitig mit Schauerfilmen. Auch in Berlin scheint sich das Grusel-Film einzugreifen, zunächst allerdings noch auf der Biederstraße. Gewissen wird modern. Auf, ab und zu gufen! Wer in Halle das Grusel lernen will, der mag sich den amerikanischen Film „Frankenstein“ ansehen. In einigen Tagen lernt er es sicher. Seiner ist — das muß man schon zu einem das manne auch geduldenfreudiger G. S. Oers legen — der wissenschaftliche Unterbau dieses wissenschaftlich-phantasischen Films nicht so solide wie beispielsweise bei seiner „Atrauma“. Die Schöpfung eines künstlichen Menschen (er kann, weil er das ihm eines Wortes eingesetzt erhielt, gegen seinen eigenen Schöpfer vorgeschickt hier in reichlich dilettantischen wissenschaftlichen Anstrich. Der Regisseur Thale bei, in seine Grusel-Reinlichkeit aus noch zu sehr aus den Reichern des Theaters. Das Werk ist auch in dieser Hinsicht aus dem Denaturierungs- und Ueberzeugungsmaßstabem von Film und Ton, aus all den bekannten technischen Mitteln für Wirkungen geben. Auch das groteske Milieu, in dem der Zwang spielt, ist mit amerikanisch getroffen. (Es kommt in hochbedeutende eine Wahnvorstellung her.) Insbesondere erreicht der Film die Wirkung, daß einem vergebene Male die Gänsehaut sehr sichtbar über den Rücken läuft und man geneigt ist, für Sekunden die Augen zu schließen. Die Darsteller des Films, allen voran Karlow als das „Geschoß“ (in grüner Kostüm), sind gut.

In dem außerordentlich reichen Weltprogramm steht man einen Raubschiff-Film von der Riviera (als Neufassung), einen Zierfilm von mitterländigen Zoo, einen bunten Raubtierfilm mit sabelschweifigen arktischen Bestien, eine Erziehungssatire „Schwund, dem berrückten Barnard“ und die Fog mit würdigen sehenswerten Bildern, Gd...

Wolga — Wolga

Wann freut sich, daß gerade dieser Film noch einmal nach Halle gekommen ist. Der Held dieses Filmes ist Elena Rafin, der Sobol gegen den Jaren, der an dem tragischen Schicksal ihrer Pflichtlosigkeit gerührt. An sich ist dieser Stoff nicht neu, aber hier handelt es sich um ein Geleg, das der Redell Rafin selbst eingesetzt hat. Zu der spannenden Handlung kommt, daß der Film wirklich gut gemacht wurde, ansehnend auch mit sehr viel Kosten. Der dramatische Schwerpunkt bildet die Beschöpfung. — Außerdem läuft noch die Wolga-Film.

Wenn Barone notverordnen:

Rückfichtslofter Sozialabbau! - Harte neue Steuern! - Das Volk muß bluten!

Als Brüning gestürzt und die Regierung von Papen ernannt war, verkündete die gesamte Rechts- und Tagespresse: Schluß mit den Notverordnungen, Schluß mit den Steuererhöhungen! Was aber hat die Regierung von Papen getan? Sie hat eine neue Notverordnung erlassen, die mit ihrem Sozialabbau und ihren Steuererhöhungen alles bisherige an brutaler Rücksichtslosigkeit weit übertrifft.

Der Sozialabbau wird auf der ganzen Linie mit unerhörter Schärfe durchgeführt. Bei der

Arbeitslosenversicherung

wird der Versicherungscharakter praktisch aufgehoben. Obgleich die Versicherung nach dem bisherigen Stande mit ihren Beitragseinnahmen voll ausgekommen wäre, wird der Rechtsanspruch auf die Unterstützung von 20 auf 6 Wochen verkürzt.

Die Unterstützungsätze, die Brüning nur um 2 Proz. abbauen wollte, werden jetzt um 25 Proz., also fast ein Viertel, heruntergedrückt.

Statt bisher 50 Mark monatlich werden die Unterhaltungen also nur höchstens 40 Mark durchschnittlich betragen.

Am Ergebnis werden alle Unterhaltungen in der Versicherung und in der Rentenfürsorge auf die Wohlfahrtsstufe herabgesetzt, und die werden noch dazu um 15 Proz. abgebaut.

Nach dem bisherigen Stande hätten jährlich 3 1/2 Milliarden für Arbeitslosenunterstützung aufgewendet werden müssen. Jetzt sollen nur noch 3 Milliarden dafür ausgegeben werden.

Die Arbeitslosen müssen also über 500 Millionen, ein volles Siebentel ihrer Unterstützungen, opfern.

Allgemeiner Abbau auch bei der Sozialversicherung und bei den Kriegsbeschädigtenrenten.

Bei der Invalidenversicherung, der Angestelltenversicherung, der Anwartschaftsversicherung und der Unfallversicherung werden die Leistungen um 15 bis 20 Proz. zusammengeschnitten und die monatlichen Renten um 6 bis 7 Mark heruntergedrückt. An den Renten der ledigen und kinderlosen Kriegsbeschädigten werden sogar 25 Proz. abgezogen, außerdem werden die Kinderzulagen abgebaut.

500 bis 400 Millionen neue Opfer werden auf diese Weise den Aermsten der Armen abgepreßt.

Dazu kommen

die neuen Steuern

die ein Haub auf die Forderung nach Heranziehung aller Schichten und nach sozial gerechter Lastenverteilung sind. Den Massen werden über eine halbe Milliarde neue drückende Lasten aufgezungen, den Besitzenden werden 100 Millionen Steuern gekentzt.

Die Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger müssen allein die neue Arbeitslosenabgabe zahlen.

Bei der von Brüning geplanten Beschäftigtensteuer sollten die Einkommen bis 300 Mark monatlich freibleiben. Jetzt müssen die kleinsten Einkommen genau 10 bis 15 Proz. entrichten wie die größten, die mit nur 1 1/2 Proz. belastet werden. Die Arbeitslosenabgabe ist tatsächlich nichts anderes als ein Arbeitslosenbeitrag, den nur die Arbeitnehmer, nicht aber die Arbeitgeber zu zahlen haben.

Die Massen der Verbraucher müssen die neue Salzsteuer tragen,

die zehnmal mehr aufbringen soll als die alte, die 1926 auf Freizeiten der Sozialdemokratie aufgehoben worden ist. Das Salz, das heute 15 Pfennig je Kilogramm kostet, wird künftig 27 Pfennig kosten.

Die Massen der kleinen Handwerker, Gewerbetreibenden, Kleinbauern und Kleinhändler müssen die verschärfte Umsatzsteuer aufbringen.

Die Freigrenze von 5000 Mark wird wieder aufgehoben, und jeder, der bisher steuerfrei war, muß nun jetzt ab 2 Proz. von seinem gesamten Umsatz zahlen.

Und die Opfer der Besitzenden?

Sie sollen ganze 45 Millionen mehr Kräftesteuer zahlen, aber gleichzeitig wird für die Großunternehmen die Sondervermögenssteuer (Aufbringungsumlage) von 200 Millionen auf 100 Millionen ermäßigt.

900 Millionen neuer Sozialabbau, 600 Millionen neue Massensteuern, also 1,5 Milliarden neue Massenopfer, aber 50 Millionen Steuerermäßigung für die Besitzenden!

Das ist das wahre Gesicht dieser Regierung der Nazibarone. Sie hält mit der neuen Notverordnung alles, was sie in ihrer Regierungserklärung versprochen hat.

Das Nazikabinett hat versprochen, daß der Staat aufhören werde, eine Wohlfahrtsanstalt zu sein.

Deshalb wird - für die Armen - die Wohlfahrt radikal abgebaut. Deshalb wird die Arbeitslosenversicherung geschnitten, die Sozialversicherung verkleinert, die Versorgung

der Kriegsopter rückfichtslos heruntergeschraubt. Deshalb wird der Staat in eine Elendsanstalt verwandelt.

Das Nazikabinett hat die Anpassung an die Armut der Nation versprochen.

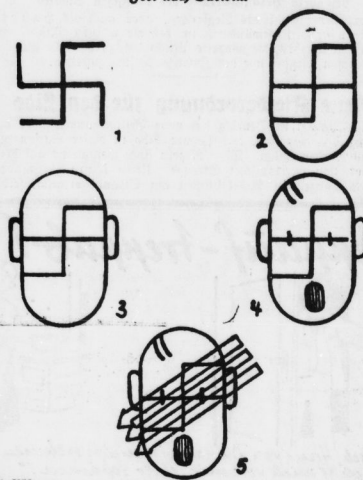
Deshalb werden den Massen 600 Millionen neue Steuern aufgezungen und den Besitzenden 50 Millionen Steuern gekentzt. Denn

die Anpassung an die Armut der Nation gilt nur für die Arbeitslosen und für die Sozialrentner, für die Kriegsbeschädigten und für die Wohlfahrtsempfänger, nicht aber für die hohen Gehälter und Pensionen, für die Kapitalisten und die Großagrarien.

Das Nazikabinett hat versprochen, Schluß zu machen mit dem Staatssozialismus.

Bilderrätsel

Zwei nach Darwin.



Auflösung:

Die drei Pfeile bezeichnen den Hittler-Spitz!

Deshalb macht es Schluß mit der Arbeitsbeschaffung, deshalb gibt es keine Anleihe für Arbeitsbeschaffung, keine staatliche Förderung des Wohnungsbaues, keine Erweiterung des Straßenbauprogramms. Deshalb wird nichts von den Plänen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die 600 000 Arbeitslosen Arbeit verschaffen sollten, durchgeführt.

Das sind die ersten Taten der Regierung, die Hitler in den Sattel gehoben hat, das ist die Frucht der nationalsozialistischen Wahlfolge. Das ist der Anfang des Dritten Reichs.

Ihr Arbeitslosen und ihr Sozialrentner, ihr Kriegsbeschädigten und ihr Wohlfahrtsempfänger, denkt daran: Jede Mark, die euch die Regierung der Nazibarone von euren kümmerlichen Renten abpreßt, hat euch Hitlers Vormarsch abgepreßt.

Ihr Arbeiter, Angestellten und Beamten, denen neue drückende Steuerlasten aufgezungen werden, nur damit die Besitzenden ungehört bleiben können, denkt daran: Jede Mark, die ihr zahlen müßt, hat Hitler den Großkapitalisten und Großagrariern erpart, die weiter für die SA zahlen können.

Ihr Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern, wenn ihr jetzt die brutale Umsatzsteuer mit aller Schärfe zu spüren bekommt, denkt daran: Ihr seid die Opfer der Mischregierung, die Hitler stiftet.

Ihr Hausfrauen, die ihr künftig für das Pfund Salz fast doppelt so viel zahlen müßt als bisher, denkt daran: Es ist Hitlers Regierung, die euren Männern den Lohn und die Unterstützung kürzt, die nicht einmal das Salz auf dem trockenen Brote unversteuert läßt.

Ihr jahrelang Erwerbslosen, deren Hoffnungen auf Arbeitsbeschaffung jetzt mit einem Schläge vernichtet sind, denkt daran: Es ist das Kabinett der Grafen und Barone, das euch die Arbeit verweigert, aber die SA-Banden in neuen Uniformen aufmarschieren läßt.

Denkt daran: Das Volk muß hungern, wenn die SA marschier!

Er redt mit de Hand

„Und Hitlers Hände! — — Beschwörend, abwetend, drohend zur Faust geballt, dann wieder flach ausgebreitet, in eleganter Weise schwierige Uebergänge schwebend vermittelnd, um endlich in zusammenschließender Gebärde hochgehoben die alles tuppelartig überwölbende Schlußfeierung zu formen — ein einzigartig unvergeßlicher Anblick!“ (Reisartikel des „Börslichen Beobachters“, Nr. 156.)

Das Freiheitsopfer!

Der 31. Juli 1932, der Tag der Reichstagswahl, wird die Entscheidung darüber bringen, ob das deutsche Volk noch einmal in Sklaverei verfallen soll oder ob es den Weg zu neuem wirtschaftlichen und freizeitlichen Aufstieg wählt.



Dieser Kampf um die Zukunft des ganzen schaffenden Volkes muß mit der Einsetzung aller Kräfte geführt werden. Aber zum Kriegführen gehört Geld. Schafft Munition herbei! Es sind für diesen Zweck Freiheitsmarken ausgegeben worden.

deren Erwerb Ehrensache aller Gesinnungsreue ist.

Wer nur wenig geben kann, gibt wenig, wer mehr hat, muß mehr opfern! Durch Erwerb und Besitz von Freiheits-

marken bezeugt jeder seine Verbundenheit mit der in heißer Bahschlacht stehenden Partei des arbeitenden Volkes, der Sozialdemokratie.

Drei Pfeile auf den Marken des Freiheitsopfers sind das Symbol aller Freiheitskämpfer.

Drei Pfeile fliegen dem Feinde entgegen, der mit Lüge und Niedertracht den politischen Kampf führt.

Drei Pfeile sind Symbol der Aktivität, der Disziplin und der Einigkeit. In ihren Zeichen kämpfen die Waffen.

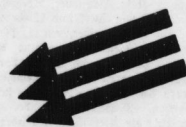
Drei Pfeile sind das Symbol der Kampfkraft, der Treue und des Glaubens an den Sieg.

Dieser der Welt den überwältigenden Beweis, daß die deutschen Klassenbewußten Arbeiter, Angestellten und Beamten für ihre große Sache zu kämpfen und zu opfern wissen.

„Freiheit“ ist der Komplexruß Vorwärts im Zeichen der drei Pfeile! Durch Kampf zum Sieg!

Hitler und Ludwig XIV.

Vor kurzem schrieb Adolf Hitler, der „große“ Führer aller Hakenkreuzler, durch einen Münchener Gerichtsfaal: „Die Partei bin ich!“ Bei diesem Geschrei hat ihm offenbar der französische König Ludwig XIV., der „Sonnenkönig“, vorgeschwehelt, dem der Ausspruch zugeschrieben wird: „L'etat c'est moi“, zu deutsch: „Der Staat bin ich!“ Allerdings war es höchst unvorsichtig von Hitler, sich gerade mit diesem König in Parallele zu stellen, denn Ludwig XIV. hat nicht nur Völkern erobert, sondern er hat auch das Elend von Deutschland gerufen und die Welt verwüstet. Ludwig XIV., so berüchtigt das Lexikon, hinterließ „das Land in finanziellem Ruin, wozu auch die Leppigkeit seines Hofstaates und sein des Volk entwürdigendes Leben mit Kapitellen beitrug.“ Hitler wäre also größere Vorsicht anzuraten, wenn er künftig wieder die Geschichte kopieren sollte. Schließlich kann Hitler noch verraten werden, daß nach dem Sonnenkönigtum — die große Revolution kam.



Freiheitspfeile über Deutschland

**Erster Pfeil: Aktivität
Zweiter Pfeil: Disziplin
Dritter Pfeil: Einigkeit**

In diesem Zeichen werden wir siegen!

Merseburg

(Wochenschrift: Leipzig Nr. 228)

Verbandsversammlung für Landesplanung

Selten fand in Merseburg unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten v. Karnow die oberste Landesplanungsversammlung der Landesplanung für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk statt. Die Konferenz beschäftigte sich dabei in der Hauptsache mit vorübergehender Regelung eines spärlichen Ausbaues des Verkehrsnetzes. Auch die Frage der Siedlungsplanung wurde eingehend behandelt. Wir werden über die wichtige Tagung morgen noch eingehender berichten.

Ein feilsamer Sozialistenrentant

Schönbach, der „Kauflmann“ S. von hier stand am Montag als ein eigener Sozialistenrentant vor dem holländischen Schöffengericht. Obwohl er von Beschäftigten sozialistischer Gewerkschaften keine blasse Ahnung besaß, wurde er, der früher einmal landwirtschaftlicher Arbeiter und Flurhüter war und später in einem kleinen Kaufmannsladen eingetretet hatte, zum Rentanten der holländischen Arbeiterbewegung ernannt. In dieser Rolle mußte er sich dem Gericht stellen. Am Freitag hatte er dem Angeklagten in einer so kleinen Rolle nicht gelingen können, im Laufe von sieben Jahren etwa 17000 Mk. zu verdienen und die Höchstquote durch falsche Rechnungen zu verzeichnen. Abschließend ist dem guten Mann infolge seiner mangelhaften kaufmännischen Bildung der ganze Kram über die Kopfen der Arbeitgeber unter und umhergeschickelt worden. Das Gericht verurteilte den ungetreuen Rentanten zu drei Monaten und sechs Wochen Gefängnis. Der Angeklagte hat angeordnet, daß er sich für die Kosten der Verteidigung zu verantworten hat. Das Gericht verurteilte den ungetreuen Rentanten zu drei Monaten und sechs Wochen Gefängnis. Der Angeklagte hat angeordnet, daß er sich für die Kosten der Verteidigung zu verantworten hat.

Schönbach, die Elternbetriebsräte. Nach dem Ergebnis der Elternbetriebsräte erhalten im neuen Elternbetriebsrat die Elternbetriebsräte 3 Sitze und die Elternbetriebsräte 2 Sitze. Dieses Ergebnis konnte nur zustande kommen, weil der größte Teil der Elternbetriebsräte von ihrem Vorgesetzten zur Elternbetriebsräte keinen Gebrauch gemacht hat, während die Bürgerlichen alles nur Vorgesetzten zur Wahlurne dirigiert haben.

Schönbach, die Elternbetriebsräte. Nach dem Ergebnis der Elternbetriebsräte erhalten im neuen Elternbetriebsrat die Elternbetriebsräte 3 Sitze und die Elternbetriebsräte 2 Sitze. Dieses Ergebnis konnte nur zustande kommen, weil der größte Teil der Elternbetriebsräte von ihrem Vorgesetzten zur Elternbetriebsräte keinen Gebrauch gemacht hat, während die Bürgerlichen alles nur Vorgesetzten zur Wahlurne dirigiert haben.

Schönbach, Das diesjährige Gemeindefest findet am 17. Juli statt. Wie bereits berichtet, haben es die Lehrer abgesehen, sich am Kinderfest zu beteiligen. Die Eintragung der Spiele, Reigen, Volkstänze usw. wurden dem hiesigen Turnverein übertragen.

Schwenditz

Auto in Flammen. Gestern mittag fing in der Wühlstraße, nahe des Wasserwerks, ein aus Inventar stammender Kraftwagen infolge Reagenzüberdosis Feuer. Am 17. Juli fand die Beerdigung in Schwenditz statt. Die Beerdigung wurde von dem Totenbestattungsbetrieb geleitet.

Vom Motorrad mitgeschleppt. Auf der Reigenstraße in Schwenditz wurde ein auf dem Motorrad sitzendes Kind des Schöffengerichts durch den Motorradfahrer mitgeschleppt. In hoffnungslosem Zustand wurde das bedauernswerte Kind dem Krankenhaus zugeführt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Augenzeugen berichten jedoch, daß das Kind im Uhr der Spielzeit direkt in das Fahrzeug hineingelaufen ist.

Kreis Querfurt

Großmücheler Rundschau Nationalsozialistische Schmierkisten.

Es ist vor kurzem hatten die Freien Turner in Röderting die Turnkisten und das Becken richtig geordnet. In der Sonntagsnacht haben nun Schmierkisten die Turnkisten geordnet. Die Turnkisten sind nicht genug damit, auch an den Wänden und Türen unserer Funktionäre ihre Schmierkisten verstreut. Die Sache ist der Polizei übergeben. Es ist dies ein Zeichen, wie tief die Nazis noch stehen, und daß sie sich nur im Dunkeln als Heiden fühlen.

Protestaktion gegen Hungermotorordnung.

Am Freitag, dem 1. Juli, findet bei abends 20 Uhr eine große öffentliche Protestkundgebung gegen die Hungermotorordnung der Parteimitglieder im „Deutschen Hof“ statt, wozu die Arbeitslosen und auch Parteimitglieder und Freunde einladen. Als Referenten sind gewonnen der Parteimitglied des Parteivorstandes der Kreisverbände und Wilmund Deutschlands, Kollege Schneider (Halle), sowie der Kreisreferent Kollege Buchholz (Halle).

Wahlresultat zur Elternbetriebsrätewahl

Ergebnis der Elternbetriebsrätewahl. Am Sonntag, den 2. Juli, fand die Elternbetriebsrätewahl statt. Am 20. Juni die Nazis mit ihrem reaktionären Anhang ihre Sitze erst einzeichnen und der Wahlvorstand ihre Sitze für gültig erklärte, wird die Wahl bei der Schulratsbehörde angefordert werden. Ferner wurden bei der Wahl Stimmzettel ausgegeben, die den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprechen. Wir können die Schmeichelei dieser falschen Erneuerer Deutschlands verstehen, wenn man unter dem Namen der Wahl erklärte: Wir lassen uns von den Nazis machen, wir machen sie. Wir wollen die Nazis. Der Parteivorstand liegt nicht in Italien, sondern noch in Deutschland! Auch für die Wahl der Beschäftigten der Beimar. Wiederholen bei der nächsten Elternbetriebsrätewahl.

Elternbetriebsrätewahl

Und ein nationaler Wahlvorstand.

Kollege. Für die Elternbetriebsrätewahl werden in Kollege die Elternbetriebsrätewahl. Die Elternbetriebsrätewahl werden in Kollege die Elternbetriebsrätewahl. Die Elternbetriebsrätewahl werden in Kollege die Elternbetriebsrätewahl.

Kommunisten gegen Einheitsfront

Sie wollen nicht den Einheitsfront einstellen - Die Sozialkampagne - „Einheitsfront“ - gilt den anderen Arbeiterorganisationen

„Wir wollen endlich zusammenhaken“ - das war das heisse Verlangen, das in der Wasserwerkversammlung in Merseburg am letzten Mittwoch, an der auch die Anhänger der Einheitsfront teilnahmen, immer wieder Ausdruck fand. Die freien Gewerkschaften, die Sozialdemokraten und die Reichsbannerkämpfer erklärten in dieser Versammlung unter der geglückten Begleitung der Massen, daß sie bereit sind, mit allen proletarischen Organisationen in einer ehrlichen und aufrichtigen Kampffront gegen den Faschismus zu kämpfen.

Aber schon in dieser Versammlung verurteilten die kommunistischen Führer Roenen, Dreje und Kühn, so wie sie es schon seit vielen Jahren tun, ihre Partei für eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie, die Reichsbanner und das Reichsbanner zu beschimpfen und zu verleumdern.

Der in der Versammlung gebildete Ausschuss beschloß, alle Arbeiterorganisationen zu einer gemeinschaftlichen Kampagne zusammenzurufen, um eine wirkungsvolle Einheitsfront gegen den Faschismus zustande zu bringen. Diese Sitzung aller Arbeiterorganisationen fand am Sonntagmorgen in der „Rundenburg“ statt. Die Vorstandsdirektoren sämtlicher in der Einheitsfront zusammengefaßten Organisationen nahmen an dieser Sitzung teil. Der Ausschuss beschloß, eine wirkungsvolle Einheitsfront gegen den Faschismus zu bilden und die unbedingte Bereitwilligkeit unserer Gewerkschaften, in einer solchen Front Seite an Seite mit allen Arbeitern zu kämpfen. Unter dem Namen der Einheitsfront eine Erklärung ab, in der es heißt:

- 1. Die in der Kampffront zusammenfassenden Organisationen werden sich gegenseitig bei jeder Gelegenheit zu unterstützen.
- 2. Die Organisationen protestieren auf das entschiedenste gegen den sozialistischen Kurs der Parteiverwaltung und fordern die Aufhebung der letzten Parteiverordnung.
- 3. Die Organisationen führen den Wahlkampf ausschließlich gegen die faschistischen Parteien.
- 4. Die Organisationen unterstützen sich im Wahlkampf gegenseitig.

Die unterzeichneten Organisationen erklären noch einmal ausdrücklich, daß sie geneigt sind, unter gegenseitiger Achtung und Wertschätzung und aufrichtig mit allen anderen Gruppen und Organisationen in einer einheitsfrontigen Kampffront gegen die Reaktion in Deutschland zu kämpfen. Sie lehnen jedoch jede Unbestimmtheit, die den Kampf hinausführt, irgendwelche Exzesse zu provozieren, ab.

Freie Gewerkschaften, Ortsausläufer des ADGB, SPD, SAJ, Arbeitervereine, Arbeiter-Sport-Organisationen, Deutscher Freidenkerverband, Kulturvereine, Arbeitsschlichter und Arbeitsbeschäftigte.

Es gab nur eine große Diskussion und - schließlich trat das ein, was viele unserer Genossen in Anbetracht dessen, was wir in den hinter uns liegenden Jahren erlebt haben, befürchteten. Der Kommunist Roenen, stellvertretend für den Stadtparteivorstand, erklärte, daß er nicht träumen könne, die Arbeiterklasse erkennt aber, wo ihre Feinde stehen.

Kreis Eckartsberga

SPD, Kreis Eckartsberga

Alles bereit halten! Sonntag, den 3. Juli, vormittags 10 Uhr, im Total „Zur Post“ in Halle, wichtige Kreisversammlung.

Thema: Die bevorstehende Reichstagswahl. - Verschiedenes. Wir laden zu dieser Konferenz die Funktionäre der Partei - Gewerkschaften - Frontalorganisationen - des Reichsbanner, sowie die sozialdemokratischen Kommunalfunktionäre freundlichst ein. Keine Organisation darf fehlen.

Rieder mit der Reaktion! Es lebe die Freiheit! Der Unterbezirksvorstand.

Saalkreis

Gegen Rentenabbau und Sozialreaktion

Lebellen. Eine Kundgebung der Einheitsfront, der Sozialdemokraten und Reichsbannerkämpfer findet am Freitag, dem 1. Juli, in der Sonne Halle. Die Rede lautet: Gegen Rentenabbau und Sozialreaktion! Massenbesuch wird erwartet.

Wettin. Dampferfabrik für Erwerbslos. Am Freitag, dem 1. Juli, früh 8 Uhr, findet ein stilliger Dampferausflug für Erwerbslose nach Halle und ein Besuch des dortigen Zoologischen Gartens statt. Der Preis beträgt für die Dampferfahrt hin und zurück für Erwachsene 50 Pf. und für Kinder 25 Pf. Kinder unter 6 Jahren haben freie Fahrt. Der Eintritt in den Zoologischen Garten kostet für Erwachsene 40 Pf. und für Kinder 20 bis 14 Jahren 20 Pf. Schulkindern erhalten zu diesem Ausflug von ihrem Lehrer auf schriftlichen Antrag 50 Pf. Karten zu diesem Ausflug sind zu haben bei Emil Thomaas, Wettin, Unter der Mitte.

Wettin. Versammlung der Kriegsober. Am Sonntag fand eine Versammlung der Kriegsober, Ortsgruppe Wettin, statt, wo Kamerad Feibel den Bericht von der Reichstagswahl erhielt. Dem nächsten Punkte wertete Kamerad Schlegel auf die Verhältnisse der Nazis nicht herabzusetzen, denn man

berodentem Frau Kollmann und einigen anderen, eröffnete ein großes Zusammenreffen gegen die Einheitsfront und die Sozialdemokratie.

Das war das Signal. Es gab nun ein ungeheures Durcheinander. Die Kommunisten waren wieder in Fahrt; mit aller Möglichkeit unfeindbar versuchten sie die klare Erklärung, die von den Mitgliedern der Einheitsfront abgegeben war, aus dem Wege zu räumen. Sie sagten, daß sie unter keinen Umständen bereit seien, die Einheitsfront zu verlassen. „Dummer und die SPD, wie man so schön“ sagt, zu „entlarven“. Immer und immer wieder betonten unsere Genossen, man solle doch endlich den Kampf gegen uns einstellen, um zu einer Einheitsfront zu kommen. Aber nein, man wollte nicht, und mit allen Mitteln verfuhrten die Kommunisten, uns mit einem dem Ausschuss gegebenen „Kampffrontprogramm“ zu überreden. Wir aber sagten: Wir man eine wirkungsvolle Aktion im Interesse der Arbeiter durchzuführen, dann muß man erst die Voraussetzung, nämlich die einigte Kampffront, schaffen, und um nun

die Kommunisten zu einer klaren Stellungnahme zu zwingen, verlangten unsere Genossen, daß die von uns abgegebene Erklärung als Antrag zu betrachten sei und daß darüber abgestimmt würde. Jetzt aber sagten die Kommunisten, was sie wollten. Mit allen Mitteln beschleunigten sie eine solche klare Entscheidung. Daß sie dabei die Unterstützung der Kommunisten nicht herbeizuziehen fanden, nur der Faschistenfront halber hier hergekommen, dann einmal kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen und schließlich ging die Konferenz ergebnislos auseinander. Fruchtlos vertane Arbeit - jetzt, in dieser Stunde.

Unter sich praktizierte man noch einige Beschüsse. So beschloß man ein „Kampffrontprogramm“, und weiter beschloß man, die Erklärung eine neue „Note Einheitsfront-Vermittlung“ heißen zu lassen. In der Versammlung wird man das Spiel zu Ende führen; dort wird man uns „entlarven“.

Das ist es ja, was man überhaupt will, nicht die Einheit, nein, „entlarven“, sonst nichts. Aber die Arbeiter werden dieses politische Rätselbild bald durchschauen. Bei diesem Spiel haben die kommunistischen Führer sich selbst entlarvt. Wir verlangen, daß die Organisationen, die in einer einheitsfrontigen Kampffront zusammengefaßt sind, sich gegenseitig unterstützen müssen, sich gegenseitig zu beschimpfen und zu verleumdern. Dabei bleiben wir auch heute noch. Aber das wollen die kommunistischen Führer nicht. Sie wollen, daß sie ihren beschlossenen Kampf gegen uns nicht einstellen. Kann man aber in einer Kampffront kämpfen, wenn man sich gegenseitig verächtlich und beschimpft? Jeder Arbeiter weiß, daß man das nicht kann. Nur die kommunistischen Führer wollen das nicht einsehen. Damit haben diese Parteifunktionäre sich selbst erledigt. Sie sind es, die die einheitsfrontige Kampffront gefährden wollen; das wird ihnen aber die einheitsfrontige Kampffront selbst aneignen lassen. Die Massen sammeln sich in dieser Front und können vorwärts zur Freiheit.

Wir möchten unsere Leser darauf aufmerksam machen, daß die heute abend von den Kommunisten einberufene „Note Einheitsfront“-Versammlung vom freigezwungenen Erwerblosenaustritt nicht unterliegt.

Aktion, Ortsvereine! Der Wahlkampf beginnt

Sonnabend, den 2., und Sonntag, den 3. Juli, erfolgt im ganzen Bezirk die

Verbreitung der ersten Wahlzetteln

Wir bitten die Ortsvereinsvorstände, dafür sofort die Vorbereitungen zu treffen und Sorge zu tragen, daß alle Wähler die Zeitung erhalten. Die gemeinschaftliche Verbreitung des Aufklärungsmaterials ist im diesmaligen Wahlkampf von ausschlaggebender Bedeutung.

Die Wahlzetteln gehen allen Ortsvereinen rechtzeitig zu.

Bezirksleitung der SPD, Halle

versucht, einzelne Mitglieder, die man zu Sprechenden einlud, dort einzufinden und durch schöne Beredsamkeiten einzufangen. Unbedingt wurde darauf geachtet, die falsche Front der Partei zu betonen. Die Parteimitglieder wurden einmütig ausgeschieden. Die Ortsgruppe Wettin bereit hiermit entschlossenen Kampfeswillen und heißt am 31. Juli die Seite 1.

Genau. Elternbetriebsräte. Bei der am Sonntag stattgefundenen Elternbetriebsrätewahl in der Gemeinde Ganna war die Beteiligung sehr lebhaft. Von 881 Wahlberechtigten haben 180 an der Wahlurne teilgenommen. Es erhielten Sitze Schulhaus 108 Stimmen, Unpolitisch-Christliche Seite 82 Stimmen; 10 Stimmen wurden ungenutzt. Ein Zeichen, daß trotz aller Reden der Elternbetriebsräte in den Händen der organisierten Arbeiterklasse bleibt.

An Zucker sparen? Grundverkehrt!! Der Körper braucht ihn Zucker nährt!

Hotel Weltkugel Modern eingerichtete Fremdenzimmer mit fließendem Wasser. Großes Bier- u. Speiseraum mit Frischkäsebuffet. Eigene Fleischerei mit Kühlraum.

Abziger Bericht des Kreistages

Die Sozialdemokratie lehnt den Etat ab - Defizit 295.007 Reichsmark - Keine Steuererhöhung

Das einjährige Budget wurde vom Kreistag am Sonntag...

Durch den Etat wurde Entlohnung für die Redaktionen...

Der Kreisrat verlangte vom Kreistage die Übernahme einer Bürgerliste für die Gemeinde Götzh.

Der Landrat teilte zunächst mit, daß es sich bei dieser Vorlage...

Im nächsten Punkte gab der Landrat den Verwaltungsbericht...

Das Jahr 1931 als ein Krisenjahr schlimmer Art.

Das kommt besonders dadurch zum Ausdruck, daß eine nicht...

Eingehend behandelte der Redner weitere Schwierigkeiten...

Die Wirtschaftslage, die sich seit dem 30. September durch...

Als Fraenkell (Soz.) erklärte er durchs die finanziellen...

Die Maßnahmen der Boden-Regierung, die einen so rigorosen...

Es war Spätnachmittag und auffallen still im Hamburger...

Als Viezel um eine Gede box, kam ihr ein etwas unheimlich...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

und Stellvertreter für die Auswahl der Schöffen und Geschworenen...

Gegen 1/2 Uhr wurde der Kreistag durch Landrat Wehr geschlossen.

Stadt Rektor Ullmann hinter diesem Wahlmandat?

Die Wahlberechtigten zu der am 26. stattfindenden Elternbeirats...

Gewerkschaftsfest im Seiden der Eisenen Front

Das diesjährige Gewerkschaftsfest, welches am vergangenen Sonntag...

Seit vielen Jahren konnte man eine so starke Beteiligung wie...

Da das Mitführen von roten Fahnen und Transparenten verboten...

Gewerkschaften im Stadtparlament

Domestisch. Auf Antrag der kommunalpolitischen Fraktion hatte...

Bei der Abstimmung der Antrag einstimmig angenommen wurde.

Der Bagabund wird geknipst.

Es war Spätnachmittag und auffallen still im Hamburger...

Als Viezel um eine Gede box, kam ihr ein etwas unheimlich...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigen Preisen...

Manaburg. Zur Elternbeiratswahl wurden 986 Stimmen abgegeben.

Sozialdemokratische Parteiverammlung. Freitag, den 1. Juli...

Stimmen: 516 (Schulhaus) 66 (Mandate), 170 (Professoren)...

Erstaus. Einbruch. In der Nacht zum Sonntag wurde im...

Arbetersport

Spornmilitär Bekannmachungen

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

6. Bezirk. (Hauptk.) Spielplatz. Anlässlich der Gemeindefest...

Die Wohlfahrtsanstalt für Unternehmer Bleichenbürgschaften des Reichs für Industrie und Landwirtschaft — Schwarze Subventionen

In der Zeit vom 1. Oktober 1931 bis zum 1. April 1932 sind die Bürgschaftsverpflichtungen des Reichs um nicht weniger als 318 Millionen Mark angewachsen. Im Oktober 1930 betragen die gesamten Bürgschaften 687 Millionen Mark. Von diesem Betrag sind bis Ende März 1932 rund 425,6 Millionen Mark erloschen. In der gleichen Zeit hat aber das Reich nicht weniger als 1,7 Milliarden Mark Garantie- und Bürgschaftsverpflichtungen übernommen. Es liegt der Wohlfahrtsanstalt für das Bankkapital, die Industrie und die Landwirtschaft an.

Interessant ist besonders die Entwicklung der Bürgschaften des Reichs zwischen Oktober 1931 und Ende März 1932. In dieser Zeit sind die Bürgschaften für die Landwirtschaft von 53,3 Millionen Mark auf 268,5 Millionen Mark gestiegen. Allein 130,6 Millionen Mark entfallen davon auf die Hypothekendarlehen. Weitere 15 Millionen Mark fanden Verwendung für die Restrukturierungs- und für den Verkauf von Weizen. Die Düngemittelkredite erhöht sich um rund 400.000 Mark auf 67,8 Millionen. Ebenso interessant sind die Bürgschaften für die Industrie (Handel und Gewerbe). Sie machten Ende März 1932 nicht weniger als 689,2 Millionen Mark aus. Die Bürgschaften im Schiffahrtswesen und Verkehrswesen haben sich um 24 Millionen auf 75,7 Millionen erhöht. In Frage kommen hier die Bürgschaften von der Reichsregierung erhalten haben. Dagegen sind die Bürgschaften im Wohnungswesen und Siedlungswesen zurückgegangen. Sie betragen Ende März 1932 nur noch 175,9 Millionen Mark gegen 220,9 Millionen Mark im Oktober 1931. Für Siedlungen und Wohnungsbau haben eben die bürgerschaftlichen Regierungen nichts übrig. Bei den Banken, für die das Reich am 1. Oktober 1931 für etwa 547,2 Millionen Mark Bürgschaftsverpflichtungen laufen hatte, haben sich diese Verpflichtungen auf

748,5 Millionen Mark erhöht. Die Ausfallbürgschaft des Reichs für die Danabank wird nach roher Schätzung mit rund 400 Millionen Mark „bemietet“ und angegeben.

Die Entwicklung der Banksubventionen und Bürgschaften illustriert das Wort des gegenwärtigen Reichskanzlers zum Wohlfahrtsstaat. Nach dem Stand von Anfang April 1932 hat das Reich durch Zuteilungen, Kredite, Bürgschaften und sonstige Zuschüsse folgende Beträge bei den deutschen Privatbanken investiert:

	in Millionen Mark insgesamt	daran Bürgschaften
Dresdener Bank, Darmstädter und Nationalbank und Deutsche Orientbank	984,5	407,7
Norddeutsche Kreditbank (früher J. F. Schöper, Bremen)	138	88
Garantie- und Pfandbank	83	66
Commerz- und Privatbank	77,2	—
Landesbank für die Rheinprovinz	64,0	—
Allgemeine Deutsche Creditanstalt	16	—
Deutsche Girozentrale	100	100
Berliner Bank für Handel und Grundbesitz	21	21
Berliner Kreditgenossenschaften	47,6	47,6
Verchiedene Banken	18,7	18,7
Zusammen	1550,0	749,0

Aber beteiligt ist das Reich an den von ihm subventionierten Privatbanken nur mit der lächerlichen Summe von etwa 284 Millionen. Davon entfallen 68 Millionen Mark auf die Garantie- und Pfandbank, die nicht zu den Privatbanken gehört, die schon vor der Finanzkrise bestanden und vom Reich saniert werden mußten.

Gefangenenkarten von fast 2 Milliarden Mark, wie sie das Reich übernommen hat, bedeuten für die Reichskasse eine nicht zu unterschätzende Belastung.

Wegen zu einer Zeit als die Reichsbürgschaften wesentlich niedriger waren, die finanziellen Möglichkeiten des Reichs sich aber unergänzlich besser darstellten als heute, wurde auf Antrag der Sozialdemokraten ein Rücklagenfonds für das erhebliche Risiko gestellt, das sich einmal mit der Übernahme von Bürgschaften verknüpfen ist.

Zunächst hat sich dieser Rücklagenfonds als sehr nützlich erwiesen. 80 Millionen Mark Ausfall bei Reichsbürgschaften sind aus ihm bereits abgedeckt worden. Für das Jahr 1932 ist die Erhöhung des Rücklagenfonds auf 20 Millionen Mark vorgesehen. Es ist aber mehr als zweifelhafte, ob dieser Betrag auch nur annähernd zur Abdeckung etwa entstehender Verluste ausreichen wird. Denn neben den rund 2 Milliarden bereits übernommenen Bürgschaften hat das Reich aus früheren Jahren noch die Ermächtigung, für insgesamt 1,7 Milliarden Mark weitere Bürgschaften zu übernehmen. Dagegen wird zwar erklärt, daß „jezt geprüft werden müsse, welche von diesen Ermächtigungen nunmehr für erledigt erklärt werden könne“, aber solange diese Prüfung nicht abgeschlossen ist, besteht noch ungeheures Risiko für die Reichsregierung, weitere lässliche Beispiele für die Berechtigung ihres Wortes vom Wohlfahrtsstaat zu liefern.

Die direkten Subventionen des Reichs in Form von Darlehen an private Unternehmungen, die man schon oft in den Spalten dieser Zeitung gesehen hat, sind zwischen dem Oktober 1931 und dem März 1932 von 326,5 auf 689,5 Millionen Mark gestiegen. Von der Erhöhung entfallen auf Wohnungsbauhilfe und Siedlung 18,4 Millionen, auf Landwirtschaft und Ernährung 11,1 Millionen und auf Verkehrsleistungen 5 Millionen Mark. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Reichsdarlehen kaum jemals zurückgezahlt werden.

Die Zahlungen, die die Hauptfahrlässigkeiten des „Wohlfahrtsstaat“ seine Hauptunternehmer sind.

Empörung der Kriegsoffer

Der Reichsbund führt den Kampf gegen die Adelsregierung

Die Notverordnung der neuen Reichsregierung hat unter den Kriegsoffizieren eine heftige Empörung ausgelöst. Sie spiegelt sich in der Erklärung des Reichsbundes, dem Verband der Kriegsoffiziere, wider. Neben der Notverordnung ist es aber besonders der Zeit der Regierungserklärung des Kabinetts von Papen, die den „Reichsbund“ veranlaßt hat, die Letzten der Reichsregierung in ihrer Form zu kritisieren. Der „Reichsbund“ ist seit unter anderem:

seitlichen Leides gepfeiften Kriegserklärerinnen haben nach den ungeheuren Opfern, die sie an Gut und Blut während und nach dem Kriege dem Vaterlande dargebracht haben, wohl das erste Recht dazu, zum mindesten menschliche Achtung vor der Größe ihres Opfers von jedermann, also auch von der Reichsregierung zu verlangen und sie verweigern es sich mit aller Selbstlosigkeit neben der Bestrafung ihrer mangelhaften Rekrutierungen noch in ihrem tiefsten Gefühl durch derartige Regierungserklärungen wie die des jetzigen Kabinetts von Papen aus schmerzhaft verletzt zu werden!

Die Reichsregierung des Herrn von Papen erfuhr in ihrer Regierungserklärung die deutschen Staatsbürger, die neue Reichsregierung „nach ihren Taten zu beurteilen“. Das werden die Kriegsoffer sich sicher nicht zweimal sagen lassen. Am 31. Juli darf es keine Kriegsbekämpfung, keine Kriegswunden, keine Kriegserfahrungen und keine „abstraktesten Kriegswunden“ geben, die nicht für eine überwindende republikanische Mehrheit im neuen Reichstag einreden.

Unwetter über Rumänien

40 Menschen ums Leben gekommen

Bukarest, 28. Juni. (Eigenbericht.)

Die seit Sonntag ununterbrochen über ganz Rumänien niederschlagende Unwetter haben viele Teile des Landes, besonders Bessarabien, die Bukowina und Moldau, überflutet. Verheerende Stürme kommen aus dem nördlichen Teil der Provinz Moldau, der völlig unter Wasser steht und von der Unwelt isoliert ist. Wegen der ständigen steigenden Fluten der Flüsse Moldau und Strel, die über die Ähre getreten sind, mußten die Stadt Roman und die umliegenden Dörfer geräumt werden. Tausende von Familien sind obdachlos und haufen in Zelten, die vom Militär aufgeschlagen wurden.

Die einlaufenden Berichte melden unbeschreibliche Szenen der Verwüstung. Die Zahl der Menschenopfer wächst ständig. Bislang dürften über 40 Personen ums Leben gekommen sein. In dem Dorf Blagaj wurden ganze Familien von den stürmischen Fluten erschlagen. Die Saat in den überfluteten Gebieten ist vollständig vernichtet. Infolge des Hochwassers sind die meisten Eisenbahnhäfen, darunter auch die über die Datsowina laufenden Fernzüge nach dem Westen, außer Betrieb gesetzt. Die vielfach wochenlangrigen Regenfälle dauern an.

Sozialdemokratischer Wahlerfolg

Bei den Kommunalwahlen in Mecklenburg

In der Stadt Sternberg (West-Schmtern) hatten die Wähler zum Stadtparlament folgendes Ergebnis: Nationalsozialisten 621 Stimmen, Sozialdemokraten 490, Kommunisten 218. Die Wahlberechtigung ist wie folgt: Nationalsozialisten 6 (0), Sozialdemokraten 4 (0), Kommunisten 2 (2). Die Bürgerliche Fraktion, die in der vorigen Wahl 7 Mandate hatte, ist diesmal nicht vertreten. Neben dem ersten Erfolg der Sozialdemokraten zeigt das Wahlergebnis, daß es den Nazis nicht gelungen ist, die ehemaligen sieben bürgerlichen Mandate auf sich zu vereinen.

Blutige Zusammenstöße in Staßfurt

3 Tote und mehrere Verletzte.

Bei der Beerdigung eines Kommunisten, der von einem Nazi erschossen worden war, kam es am Dienstagmorgen zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, die den nachlaufenden jubelnden Demonstrationen entgegenstand. Die Polizei machte von der Waffe Gebrauch. Drei Demonstranten wurden getötet, 7 schwer und eine weitere Anzahl leichter verletzt. Nur mit größter Mühe konnte die Polizei die Ruhe wiederherstellen, nachdem sie aus Bernburg (Anhalt) Verstärkung erhalten hatte.

Werben heißt Leben!

Was wäre die SPD, wenn nicht jahrzehntelang für die Bewegung geworben worden wäre. Ueberläßt das Werben nicht einzelnen, Du selbst bist entscheidend, ob es weiter vorwärtgehen soll. Jeder neue Leser, den Du gewonnen hast, ist eine Stärkung der Macht der SPD.

SA-Meierfall auf Arbeiterviertel

Mord als Heldentat

Braunschweig, 28. Juni. (Eigenbericht.) Die Braunschweiger Nationalsozialisten verjagten am Montagabend einen Sturm auf zwei Arbeiterviertel, die an der Brühlstraße der Stadt liegen und Besorgni genannt werden. Sie waren fortgeschritten am und mitgehenden Besessen. Die dort wohnende Arbeiterbevölkerung konnte sich schnell. Es ist ein Einbruch der Bundeswehr nahe und eine Eisenbahnbrücke geschlossen werden mußte, fanden die Nationalsozialisten den Weg in die Stadt verperrt, kamen arg ins Gedränge und kletterten in das Bahnhofsgebäude und auf die Dächer. Von der Station wurde die Braunschweiger Polizei herbeigerufen, die dann mit mehreren Überfallwagen kam und die Nationalsozialisten unter Gestörten über nach Hause geleitete. Aus dem Bahnhofsgebäude wurde von den Nationalsozialisten mehrfach geschossen. Drei Arbeiter erlitten in dieser Verlesung einen Nationalsozialisten konnte eine Waffe abgenommen werden.

Eiserne Front Chemnitz marschiert

Chemnitz, 28. Juni. (Eigenbericht.)

Die Organisationen der Eisernen Front in Chemnitz hatten für Montagabend zu einer Kundgebung gegen den Unterdrückungswahl der Papen-Regierung und den Mord an der Nationalsozialisten angesetzt.

Die Beteiligung war überwältigend. Mehr als 15.000 Menschen marschierten auf. Nach der Kundgebung kam es zu zahllosen Zusammenstößen mit Nationalsozialisten, welche die Republikaner in größter Weise provozierten. Bei den Schlägerläufen gab es etwa 20 Verletzte.

VOLKISCHER OBEL

S.P.D. im Wahlkampf

Heinrich Oberfall

aus dem „Vorwärts“ Gebäude

auf Nationalsozialisten

So heißt der „Wohlfahrts Staat“, das Volk! Wohl Hitler, mit Lügen zum Bürgerkrieg! — Ist man Zeit zum Einweichen? „Noch nicht!“ sagt Herr von Wahl.

Heblerfabrikant

Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, den Hebler der verurteilten Hebler-Fabrik, die eine große Anzahl Wollensindische verfertigt hat, in Gestalt eines früheren aktiven Offiziers und Führers festzunehmen. Der Hebler nahm den Einbruch nach in der gleichen Nacht, in der der Einbruch geschah, „die Ware“ ab. Er nahm alles, was für den Hebler, sollte aber nicht nur ein Zehntel des tatsächlichen Wertes. Das auf diese Weise erwarbene Gut veräußerte er an bestimmte Berliner Firmen weiter, die abgemustert waren.

Gerommtes Ausflügerkaff

Unterhalt von Stantenese an der Eibe wurde eine vollständigste Kupfererterart mit dem Levanis-Dampfer „Gallina“ gesammelt und halb ins Wasser gebracht. Ein großer Teil der Ausflügerkaff in die Eibe. Es gelang durch umfassende Rettungsmaßnahmen, alle mit den Wellen kämpfenden in Sicherheit zu bringen. Wie die Polizei mitteilt, war der Führer der Barkasse angegriffen.

Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidewerte vom 28. Juni

Die Stimmung an der Berliner Getreidewertung war am Donnerstag nicht mehr so unruhig wie am Mittwoch und die Preise für den Getreidehandel sind im Vergleich mit dem Vortag um 1 bis 1 1/2 % gestiegen. Die Getreidewerte sind im Vergleich mit dem Vortag um 1 bis 1 1/2 % gestiegen. Die Getreidewerte sind im Vergleich mit dem Vortag um 1 bis 1 1/2 % gestiegen.

Getreide	Preis	Preis
Weizen	100-105	101-106
Roggen	80-85	81-86
Gerste	60-65	61-66
Hafer	40-45	41-46
Sellerie	100-105	101-106
Getreidemehl	100-105	101-106
Getreidemehl	100-105	101-106
Getreidemehl	100-105	101-106
Getreidemehl	100-105	101-106

Berliner Viehmarkt

Die Märkte waren durchweg gut besucht, was damit zusammenhängt, daß in den letzten Tagen die größte Schlachttiere in Frankfurt. Es wird die Schlachttiere eines Wurfes von 18.000 Stück, also fast vierhundert, die Märkte, an der Schlachttiere, werden gedrückt. Man kommt aber nur bei letzten Preise herein.

Restposten: Schweine: a) über 200 Pfund — b) 200 bis 250 Pfund — c) 250 bis 300 Pfund — d) 300 bis 350 Pfund — e) 350 bis 400 Pfund — f) 400 bis 450 Pfund — g) 450 bis 500 Pfund — h) 500 bis 550 Pfund — i) 550 bis 600 Pfund — j) 600 bis 650 Pfund — k) 650 bis 700 Pfund — l) 700 bis 750 Pfund — m) 750 bis 800 Pfund — n) 800 bis 850 Pfund — o) 850 bis 900 Pfund — p) 900 bis 950 Pfund — q) 950 bis 1000 Pfund — r) über 1000 Pfund.

